

02.06.2014

Beschlussempfehlung und Bericht

des Ausschusses für Europa und Eine Welt

zu dem Antrag
der Fraktion der PIRATEN
Drucksache 16/4439

Sicheren Aufenthalt für Edward Snowden in Deutschland!

Berichterstatter: Nicolaus Kern

Beschlussempfehlung:

Der Antrag - Drucksache 16/4439 - wird abgelehnt.

Datum des Originals: 02.06.2014/Ausgegeben: 02.06.2014

Die Veröffentlichungen des Landtags Nordrhein-Westfalen sind einzeln gegen eine Schutzgebühr beim Archiv des Landtags Nordrhein-Westfalen, 40002 Düsseldorf, Postfach 10 11 43, Telefon (0211) 884 - 2439, zu beziehen. Der kostenfreie Abruf ist auch möglich über das Internet-Angebot des Landtags Nordrhein-Westfalen unter www.landtag.nrw.de

Bericht

A Allgemeines

Der Antrag der Fraktion der PIRATEN - Drucksache 16/4439 – wurde am 28. November 2014 einstimmig vom Plenum an den Ausschuss für Europa und Eine Welt überwiesen; die abschließende Beratung und Abstimmung soll nach einer Beschussempfehlung durch den Ausschuss für Europa und Eine Welt im Plenum erfolgen. Der Ausschuss für Europa und Eine Welt hat sich in seinen Sitzung am 13. Dezember 2013 und 21. März 2014 mit dem Antrag befasst.

B Beratung

Die PIRATEN-Fraktion machte auf die große Aktualität des Themas Edward Snowden, insbesondere auch auf bundespolitischer Ebene, aufmerksam. Die Zielrichtung des Antrages sei es, Edward Snowden, in Deutschland aufzunehmen. Vor dem Hintergrund der Geschehnisse rund um den NSA-Untersuchungsausschuss sei deutlich geworden, dass die schwarzrote Bundesregierung weder an einer echten Aufklärung der NSA-Affäre noch am Schicksal des Whistleblowers Edward Snowden interessiert sei. Die PIRATEN-Fraktion warb abschließend für die Zustimmung der anderen Fraktionen.

Die CDU-Fraktion lobte die große Bedeutung der Persönlichkeit Edward Snowdens sowie sein Übermaß an Zivilcourage. Der Untersuchungsausschuss habe beschlossen, Edward Snowden anzuhören. Es sei aber ein Risiko, ihn nach Deutschland einzuladen, da seine Sicherheit hier nicht gewährleistet werden könne. Insofern werde die CDU-Fraktion gegen den Antrag stimmen.

Nach Meinung der **Fraktion BÜNDNIS 90 / DIE GRÜNEN** gab es eine breite Übereinstimmung über die Notwendigkeit und Richtigkeit, die Verdienste Edward Snowdens anzuerkennen. Snowden habe einen Spionageskandal unbekanntes Ausmaßes öffentlich gemacht und dadurch auch der Demokratie einen Dienst erwiesen. Ferner gebühre Herrn Snowden Respekt für seine Entscheidung, auf die Missstände bei den Geheimdiensten sowohl bei der NSA als auch beim Britischen Geheimdienst GCHQ und bei weiteren Diensten aufmerksam zu machen. Er habe die anlasslose flächendeckende Überwachung persönlicher Daten der Bürgerinnen und Bürger bekannt gemacht und in eine breite Öffentlichkeit getragen. Edward Snowden verdiene Anerkennung, aber auch Schutz.

Nach grüner Rechtsauffassung sei es sowohl durch das deutsche Aufenthaltsrecht als auch die Regelung zum Auslieferungsabkommen möglich, Edward Snowden eine Aufenthaltsperspektive in Deutschland zu verschaffen. Tatsächlich liege ein Ersuchen der Vereinigten Staaten von Amerika vor, um die Strafverfolgung durchzusetzen.

Die Fraktion BÜNDNIS 90 / DIE GRÜNEN könne dem Antrag in der vorliegenden Form nicht zustimmen, rege aber bei der PIRATEN-Fraktion an, Möglichkeiten zu überprüfen, die Edward Snowden deutlich mehr als der vorliegende Antrag helfen und seine Leistungen stärker anerkennen würden.

Die **SPD-Fraktion** plädierte für eine differenziertere Betrachtung des Falles Snowden. Die Leistung und der Mut Edward Snowdens seien in der breiten Mehrheit der Bevölkerung unumstritten.

Sie begrüße die Entscheidung des Untersuchungsausschuss in Berlin, Edward Snowden vernehmen zu wollen, habe jedoch eine andere Auffassung, bezüglich der Rechtslage. Eine sichere Befragung sowie ein sicherer Aufenthalt Edward Snowdens seien nach Auffassung der SPD-Fraktion aufgrund der deutschen Rechtslage nicht gewährleistet. Ferner sei der Landtag politisch gesehen auch nicht zuständig. Dem Antrag könne deshalb nicht zugestimmt werden.

Die FDP-Fraktion merkte an, in der Diskussion sei deutlich geworden, dass es einer rechtlichen Klärung bedürfe. Die Bundesrepublik sei konstruktiv dabei. Snowden solle im Juli vernommen werden. Insofern werde die FDP-Fraktion sich ihrer Stimme enthalten.

C Schlussabstimmung

Der Antrag, Drucksache 16/4439, wurde in der Sitzung des Ausschusses für Europa und Eine Welt am 9. Mai 2014 mit den Stimmen der Fraktionen der SPD, CDU und BÜNDNIS 90 / DIE GRÜNEN gegen die Stimmen der Fraktion der PIRATEN abgelehnt. Die Fraktion der FDP hat sich enthalten.

Nicolaus Kern
Vorsitzender